

## Was ist ver.di **aktiv**?

Wir sind eine Gruppe von gewerkschaftlich aktiven KollegInnen, die sich dem ursprünglichen Geist der Gewerkschaften verpflichtet haben. Eine Gewerkschaft muss der Zusammenschluss und Zusammenhalt der ArbeiterInnen sein, damit sie eigenständig arbeiten und für gemeinsame Ziele eintreten können.

Wir sind für eine basisdemokratische Gewerkschaft mit aktiven KollegInnen, die Verbesserungen der Arbeitsbedingungen definieren und wirkungsvoll umsetzen kann.



## werde **aktiv**!

Wer sich einbringen will, dem sei gesagt, dass wir als Gruppe agieren, also bist auch **du** angesprochen. Diese Zeitung soll ein Mittel sein, dich für deine Interessen zu aktivieren, Diskussionen anzustoßen, sowie Druck für Verbesserungen zu erzeugen! Falls du diese Zeitung mitgestalten möchtest, schreibe uns einen Artikel, eine Kritik, einen Witz oder sende ein Foto an:  
**verdi.aktiv@gmail.com**  
**www.verdi-aktiv.de**

Haben wir dein Interesse geweckt? Dann besuche unsere offenen Treffen.

Es ist ausdrücklich gestattet und erwünscht, diese Zeitung zu vervielfältigen und/oder weiterzugeben.



## PERSONALRATSWAHLEN 2016 **Offene Liste tritt wieder an!**

**A**lle vier Jahre finden Personalratswahlen statt. Mitte November 2016 ist es so weit. In den neun Dienststellen (zwei Busbereiche, Straßenbahn, U-Bahn, drei Technikbereiche, Hauptverwaltung und Infrastruktur) werden örtliche Personalratsgremien und der Gesamtpersonalrat neu gewählt.

Auch dieses Mal wollen wir für den Personal- und Gesamtpersonalrat als **Offene Liste** antreten. Die **Offene Liste** ist keine gewerkschaftsfeindliche Liste. Sie ist offen für die Gewerk-

schaftsmitglieder aller Gewerkschaften und Nichtmitglieder im Betrieb. Unser Selbstverständnis lautet: Wir treten, unabhängig von der gewerkschaftlichen Bindung, für die Interessen aller KollegInnen im Betrieb ein.

Die KandidatInnensuche für Gewerkschaftslisten hat schon Ende 2015 angefangen und läuft immer noch. Einige ver.di-Gliederungen führen in März und April Vorwahlen durch, um die ver.di-Listen aufzustellen. Auch die anderen Gewerkschaften sind dabei, ihre Listen zusammenzustellen.

**Die neuen KollegInnen (TV-N'erInnen) wollen in allen Gremien mehr Verantwortung übernehmen. Das finden wir super!**

Lasst euch von der Personalratsarbeit inspirieren! Habt Mut und macht mit! Denn von selbst regelt der Arbeitgeber alles nur zum Wohle der „Schwarzen Null“!

Lasst uns einen sachlichen und themenbezogenen Wahlkampf führen, damit wir nach den Wahlen gemeinsam für die Interessen aller KollegInnen zusammenarbeiten können!

## TARIFRUNDE ÖFFENTLICHER DIENST **Für Sechs Prozent mehr Lohn!**



von  
**Erdoğan Kaya,**  
Busfahrer

**D**ie Bundestarifkommission hat sich am 18. Februar in Berlin mehrheitlich für folgende Forderungen entschieden: 6 Prozent mehr Lohn; 100 Euro mehr für die Auszubildenden und PraktikantInnen; verbindliche Übernahmeregelung für Auszubildende; Einschränkung befristeter Arbeitsverhältnisse; keine Absenkung der Zusatzversorgung (VBL). Der neue Tarifvertrag soll eine Laufzeit von einem Jahr haben. Das Ergebnis soll zeit- und wirkungsgleich auf die BeamtInnen des Bundes

übertragen werden.

Mit diesen Forderungen werden die KollegInnen im Öffentlichen Dienst (2,14 Millionen Beschäftigten) in die Tarifeinsetzung mit dem Bund und dem Verband der kommunalen Arbeitgeber (VKA) eintreten.

**„Weil es um mehr geht!“**

Die KollegInnen im Öffentlichen Dienst leisten gute Arbeit. Der Sparwahn der letzten Jahre hat dazu geführt, dass es überall an Personal mangelt und viele Überstunden gemacht werden  
**>>>WEITERAUFSEITE3>>>**

## **Treffen mit KollegInnen**

**Mit euch wollen wir diskutieren:**

- Personalratswahlen 2016
- Befristung – wie geht es weiter?
- Wahlprogramm der Offenen Liste
- Was dich noch interessiert...

Unser Treffen ist offen für Jede/n.

Veranstalter: ver.di aktiv, Offene Liste

**Freitag, 1. April, 18:00 Uhr**

in der ver.di-Mediengalerie  
Dudenstr. 10, 10965 Berlin  
U6 Platz der Luftbrücke

Nach der Diskussion gibt es einen gemütlichen Teil mit Essen und Trinken.



Foto: IGMetallJugendRegensburg / Flickr / Creative Commons

## Bildungsurlaub - was ist das?



von  
**Wolfgang Wendt,**  
Busfahrer

Das Berliner Bildungsurlaubsgesetz (BiUrlG) wurde 1970 verabschiedet und ist seither fester Bestandteil der Bildungspolitik des Landes Berlin.

Bildungsurlaub bezeichnet den Rechtsanspruch von ArbeitnehmerInnen gegenüber ihren Arbeitgebern auf bezahlte Freistellung von der Arbeit für die Teilnahme an anerkannten Veranstaltungen, die der politischen Bildung und/oder der beruflichen Weiterbildung dienen.

Einen Rechtsanspruch haben alle Berliner ArbeitnehmerInnen und Auszubildenden unabhängig vom Lebensalter.

Der Bildungsurlaub beträgt zehn Arbeitstage innerhalb eines Zeitraumes von zwei aufeinander folgenden Kalenderjahren (also fünf Tage pro Jahr). Bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres hat man einen Anspruch von 10 Arbeitstagen im Kalenderjahr.

Bildungsurlaub kann von den ArbeitnehmerInnen frei gewählt werden. Eine Freistellung kann nur für Bildungsveranstaltungen erfolgen, die von der zuständigen Senatsverwaltung anerkannt worden sind oder als anerkannt gelten. Dazu zählen berufliche

Bildungsveranstaltungen, die von öffentlichen Schulen, öffentlichen Volkshochschulen, Hochschulen oder anerkannten Privatschulen durchgeführt werden.

Inanspruchnahme und Zeitpunkt des Bildungsurlaubs sind den Arbeitgebern so frühzeitig wie möglich, in der Regel sechs Wochen vor Beginn der Freistellung, schriftlich oder mündlich mitzuteilen. Auf Verlangen sind den Arbeitgebern bzw. Auszubildenden die Anmeldung zur Bildungsveranstaltung und der Anerkennungsbescheid der zuständigen Senatsverwaltung vorzulegen.

KollegInnen, die Gewerkschaftsmitglied sind, können auch vom Bildungsangebot der Gewerkschaften Gebrauch machen. Die Seminarkosten werden von den Gewerkschaften übernommen.

Mache von deinem Recht Gebrauch! Jeder Bildungsurlaub, der nicht in Anspruch genommen wird, ist ein Geschenk an die Arbeitgeber.

Ein/e Kollege/in, der/die seit 20 Jahren gearbeitet hat, hat dem Arbeitgeber 100 Tage geschenkt! 100 kostbare Tage! Wie sagt man: Ein später Anfang ist besser als gar keiner!

Bildungsangebote für ver.di Mitglieder unter:

[www.bildungsportal.verdi.de](http://www.bildungsportal.verdi.de)

## 62 reichste Menschen

Die 62 reichsten Menschen besitzen so viel wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung – 3,5 Milliarden Menschen. Das ist die Erkenntnis, die der international tätige Entwicklungshilfeverbund Oxfam Anfang des Jahres vorgestellt hat.

Die soziale Ungleichheit hat weltweit zugenommen. Der Reichtum, der von breiten Massen geschaffen wird, konzentriert sich in immer weniger Händen. 2010 hatten 388 reiche Menschen so viel wie die ärmere Hälfte der Menschheit – heute sind es nur noch 62.

**In Deutschland ist es nicht anders!**

Nach der Forbes-Liste gibt es derzeit 55 Dollar-Milliardäre mit deutscher Staatsbürgerschaft. Diese dürfen ein Vermögen von rund 190 Milliarden Euro ihr Eigen nennen. Das Nettogesamtvermögen beläuft sich hierzulande auf 8,6 bis 9,3 Billionen Euro. Das reichste Prozent der Deutschen verfügt demnach über rund 34 Prozent des Vermögens. Insgesamt besitzen die reichsten 10 Prozent in Deutschland über 70 Prozent des Vermögens!

Diese ungerechte Verteilung des Reichtums ist das Übel, welches für Kriege, Flucht, Kriminalität, Hunger usw. verantwortlich ist!

## Für Frieden weltweit!

Jeder Mensch, der zu uns kommt und eine Zuflucht sucht, vermittelt uns eine Botschaft: Er/sie zeigt uns, wie wichtig der Kampf für den Frieden geworden ist.

Deshalb rufen wir alle KollegInnen auf, sich am diesjährigen Berliner Ostermarsch zu beteiligen und ein Zeichen gegen Krieg, Aufrüstung und Militarisierung zu setzen!

Der Ostermarsch beginnt am 26. März 2016 um 12:00 Uhr am Hermannplatz (Neukölln).

## Altersarmut vermeiden!

Die RentnerInnen in Österreich verdienen 545 Euro mehr als die RentnerInnen in Deutschland – obwohl beide Länder sozial, wirtschaftlich und politisch ähnlich sind. Wer 2015 als Versicherter mit mindestens 35 Versicherungsjahren in Vollzeit in Rente ging, erhielt in Deutschland durchschnittlich 1.015 Euro monatlich, in Österreich 1.560 Euro.

Wer monatlich 2.600 Euro brutto verdient, muss heute mehr als 33 Jahre Vollzeit arbeiten, um später nicht unter Grundsicherungsniveau zu landen. Da jedeR dritte sozial versicherte Beschäftigte aber weniger als 2500 Euro verdienen, droht Millionen Menschen Altersarmut.

Um Altersarmut zu vermeiden, muss das Rentenniveau

erhöht werden. Die Arbeitgeber müssen stärker zur Verantwortung gezogen werden. Die Arbeitgeber im öffentlichen Dienst wollen die Leistungen bei der Zusatzversorgung (VBL) absenken. Dies würde eine Absenkung der Betriebsrenten bedeuten. Das ist auch ein Thema bei den Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst.

Der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske hat gesagt: „Ein Babyboomer des Jahrgangs 1964 kann bei einem Monatseinkommen von 2.500 Euro brutto nach 40 Arbeitsjahren gerade einmal mit 786 Euro gesetzlicher Rente rechnen. (...) Was da auf uns zukommt, ist massenhafte Altersarmut.“

Deshalb dürfen wir nicht zulassen, dass die Leistungen der Zusatzversorgung abgesenkt werden!



## &gt;&gt;&gt; WEITER VON SEITE 1 &gt;&gt;&gt;

müssen. Deshalb sind ihre Forderungen mehr als berechtigt.

Geld ist genug da. Die Steuereinnahmen steigen seit 2009 kontinuierlich. Nach Schätzungen werden die Steuereinnahmen in den Jahren 2016 und 2017 insgesamt um 6,8 Prozent steigen. Deshalb muss gute Arbeit ordentlich bezahlt werden.

**Gemeinsam für mehr Lohn!**

Auch wir BVG-Beschäftigten befinden uns in Tarifverhandlungen. Der Kommunale Arbeitgeberverband (KAV) hat 2,5 Prozent angeboten. Das ist viel zu wenig für die geleistete gute Arbeit der KollegInnen bei der BVG!

Unsere Löhne liegen im Vergleich mit anderen Bundesländern am unteren Ende der Skala. Der Einstiegslohn für FahrerInnen bei der BVG liegt bei 1992 Euro, in Bayern bei 2530 Euro, in NRW bei 2260 Euro, in Sachsen-Anhalt bei 2072 Euro usw. Die große Frage steht im Raum: Wird es einen Tarifautomatismus von 2,5% geben. Werden die Löhne bei der BVG im Vergleich zum Bundesdurchschnitt weiter sinken?

Die KollegInnen bei der BVG leisten gute Arbeit. Diese Arbeit muss auch ordentlich bezahlt

werden. Eine solidarische Verteilung des Angebotes von 2,5 Prozent für die unteren Lohngruppen kann die Differenz nicht decken. Wir dürfen uns von der gesamten Lohnentwicklung im Land nicht abhängen lassen.

Orientieren wir uns an den Forderungen des öffentlichen Dienstes und lassen die unteren Lohngruppen mehr an der Lohnerhöhung teilhaben!

**Gemeinsam können wir es schaffen!**

Der Kampf um gute Arbeit und gute Bezahlung muss gemeinsam geführt werden. Die Tarifverhandlungen im Öffentlichen Dienst und bei der BVG laufen parallel. Dies bietet uns die Möglichkeit, zusammen zu kämpfen. Außerdem sind wir mit unseren Auszubildenden ein aktiver Teil des TV-ÖD. Gemeinsam sind wir stark! Unsere Auszubildenden fordern: 100 Euro mehr Lohn, 30 Urlaubstage im Jahr und Übernahme nach der Ausbildung.

Der erste Termin für eine gemeinsame Aktion steht schon fest. Am 21. März kommen die VerhandlungspartnerInnen in Potsdam zusammen. Zwei weitere Termine stehen ebenfalls fest: 11.-12. April und 28.-29. April.



Foto: Andreas Lehner / Flickr / Creative Commons

**Die Harten vom Garten**

Wir kennen das Problem: Viele von uns, die bei der landeseigenen BVG arbeiten, sind bei Tochter- und Fremdfirmen beschäftigt – zu verschiedenen Tarifverträgen. Beim Botanischen Garten, der an die Freie Universität angeschlossen ist, gilt eigentlich der TV-L. Aber durch eine Tochterfirma mit 70 Beschäftigten (und vier GeschäftsführerInnen!) unterbindet man auch hier die Tarifeinheit.

Die Kolleg\*innen der „BG BGBM“ setzen sich gegen die Schlechterstellung ein, während Senat und FU-Leitung jetzt teilweise die Arbeit (trotz Mehrkosten!) fremdvergeben wollen. Damit wollen sie Betriebsräte loswerden und den Widerstand brechen.

Beim letzten Warnstreik hat Wolfgang, Lichtenberger Busfahrer und bei **ver.di aktiv**, eine Solidaritätsrede gehalten. Aber was können wir noch tun, um die botanischen (ver.di-)Kolleg\*innen zu unterstützen und die beschäftigten- und gewerkschaftsfeindliche Politik der öffentlichen Hand zu durchkreuzen?



Foto: Berliner Aktion gegen Arbeitgeberunrecht

**Jugend gegen Rassismus!**

„Teile und Herrsche“ – ein altes Prinzip der Reichen und Mächtigen. Die sind auch aktuell aus der Schusslinie. Denn Viele hetzen jetzt gegen zu „undeutsche“ Menschen. Die antisoziale, eltere und nationalistische AfD feiert Erfolge.

Schüler\*innen und Studierende wollen hingegen mit Arbeiter\*innen und geflüchteten Kolleg\*innen deutschlandweit am 27. April gegen unsoziale und rassistische Politik streiken und demonstrieren. Sie wollen eine gemeinsame Bewegung für gute Wohn- und Arbeitsverhältnisse.

Unterstützen wir den Protest unserer Kinder und Freund\*innen, am 27. April und darüber hinaus! Beteiligen wir uns am Aufbau dieser echten Alternative!

[www.facebook.com/JugendvsRassismus/](http://www.facebook.com/JugendvsRassismus/)

**Streik in Barcelona**

Ende Februar traten die KollegInnen der U-Bahn in Barcelona in den Streik. Seit vier Jahren hatten sie keine Lohnerhöhung bekommen. In einer Versammlung mit 1.000 Beschäftigten stimmen sie für den Arbeitskampf. Damit forderten sie auch die Festeinstellung von 600 befristeten KollegInnen. Von **ver.di aktiv** haben wir eine Solidaritätsbotschaft an die KollegInnen geschickt. Diese ist auf unserer Website zu lesen.



## DIE NEUEN BUSSE AUS HOLLAND

### Wie viel Chemie hält ein Busfahrer aus?

BusfahrerInnen klagen über Krankheitssymptome wie zu hohen Blutdruck, Kopfschmerzen, Augenreizung und -schmerzen, Reizungen der Mund- und Nasenschleimhäute, Kurzatmigkeit, Hautreizungen bis hin zu Hautschlag, Übelkeit bis hin zum sich Übergeben. Auch Feuerwehr und Notarzt waren deswegen schon im Einsatz.

Der BVG-Sprecher Markus Falkner gibt im Auftrag des BVG-Vorstandes in der Öffentlichkeit Entwarnung, nach dem Motto: „Die FahrerInnen der BVG und BT vom Betriebshof Britz

sind Weicheier“. Er wies zusätzlich darauf hin, „dass nur bei vereinzelt Neufahrzeugen diese Geruchsbelästigung auftritt und nach kurzer Zeit im Linienverkehr verfliegt“. Dem Sprecher des Berliner Fahrgastverbandes (IGEB) Jens Wieseke sind keine Beschwerden von Fahrgästen bekannt. Warum auch?

Es geht ja in erster Linie um BusfahrerInnen, die massive Gesundheitsprobleme haben. Ich kann sagen, dass viele Fahrgäste dieser Geruch ebenfalls stört und sie auch entsprechende Krank-

heitssymptome aufweisen. Uns liegt auch ein Beschwerdebrief von einem Fahrgast vor, der direkt an Frau Dr. Nikutta adressiert war. Auf den gab es bisher noch keine Antwort.

Die Personalratsmitglieder vom Hof Cicerostraße sagten, dass die FahrerInnen dieses Hofes keine Probleme durch Geruchsbelästigungen hätten. Nachfragen bei vereinzelt FahrerInnen belehrten uns eines Besseren. Uns hat es bei einigen Dingen, die wir erfahren mussten, die Sprache verschlagen.

Frau Dr. Nikutta hat bis zum heutigen Tage keine klare Stellung zu diesem Thema bezogen und es gibt auch keine verwertbaren Zahlen über die Kraftstoffersparungen dieser Busse.

Will die BVG ihre MitarbeiterInnen zu Protesten bewegen? Will sie den Krankenstand derart erhöhen, dass die Personalstärke bei weitem nicht ausreicht?

Wie lange wollen uns Vorstand und Aufsichtsrat der BVG noch hinhalten? Und das unter den Augen des örtlichen PR und des GPR? *von einem anonymen Kollegen*

## Unterschiedliche Bezahlung im Sicherheitsdienst

Mehrere KollegInnen sind während der Verteilung der letzten Ausgabe von **aktiv** an uns heran getreten und fragten uns, ob wir wüssten, warum die KollegInnen im Sicherheitsdienst unterschiedlich bezahlt werden, obwohl sie die gleiche Arbeit leisten.

Wir haben diese Frage durch unseren KollegInnen in die zuständigen Gremien weitergegeben. Ihre Antwort hat auch uns überrascht! Der Unterschied soll in den Aufgaben liegen. Aus dieser Antwort resultiert eine weitere Frage: Wer kontrolliert, wer was und wie viel erledigt?

## KEINE BEFRISTUNGEN IN ALLEN BEREICHEN!

Ab dem 1. Januar wurde vom BVG-Vorstand die Befristung im Fahrdienst auf zwei Jahre ausgesetzt. Dies sorgte bei den KollegInnen, die sich noch in der Befristung befinden, für Irritationen.

Daraufhin haben zwei Kollegen (Erdogan und Ekin) am 9. Dezember 2015 in der Gesamtpersonalratssitzung folgenden Antrag gestellt: „Vorzeitige Entfristung aller Kolleginnen und Kollegen ab dem 01.01.2016!“ Dieser Antrag wurde als Arbeitsauftrag angenommen.

Mittlerweile gab es persönliche Entscheidungen einzelner

Vorgesetzter zu vorzeitigen Entfristungen. Das begrüßen wir sehr! Wir möchten allen KollegInnen Mut zusprechen, sich persönlich zu erkundigen, wie es mit ihrer Befristung steht.

Bei der BT werden (zumindest) die befristeten U-Bahn-Fahrer\*innen nach zwei Jahren nicht mehr entfristet und gezwungen, sich bei der BVG zu bewerben. Damit löst sich die Entscheidung gegen Befristungen in heiße Luft auf.

Glaubt der neue Personalvorstand Schulte, er könne diese Belegschaft mit einem dreisten Taschenspielertrick reinlegen?



Personalmangel bei der Straßenbahn:  
Nach gemeinsamen Anstrengungen  
ist Besserung in Sicht!  
zu lesen auf [www.verdi-aktiv.de](http://www.verdi-aktiv.de)

## Dienstkleidung = Arbeitszeit!

In Stuttgart kam es zwischen einem Betriebsrat im Nahverkehr und dem Arbeitgeber zu Unstimmigkeiten über Mitbestimmungsrechte nach §87 Abs. 1 Nr.2 des Betriebsverfassungsgesetzes (BetrVG). Es ging darum, ob An- und Ablegen einer besonders auffälligen Dienstkleidung zur betrieblichen Arbeitszeit gehört oder nicht.

Das Landesarbeitsgericht hatte zugunsten des Arbeitgebers entschieden. Das Bundesarbeitsgericht hat am 17. November 2015 die Entscheidung des Landesarbeitsgerichtes revidiert und dem Betriebsrat recht gegeben. Laut BAG gelten die Umkleide- und Wegezeiten sowie das Mitführen von Arbeitsmitteln als Arbeitszeit.

**Das BAG-Urteil zwingt die BVG zum Handeln!**

Der Vorstand der BVG will die

Trageordnung für Dienstkleidung ändern und das Tragen von Dienstkleidung auf freiwillige Basis stellen, um Kosten zu sparen. Dennoch ist es nicht so, dass die KollegInnen ihre Kleidung frei wählen können. Es soll auch dann eine Vorschrift geben. Wer bestimmt, wie die KollegInnen sich kleiden sollen, der muss auch die Kosten übernehmen!

Außerdem wurde das Mitführen von Arbeitsmitteln noch nicht geregelt! Laut BAG-Urteil steht der Betrieb im Handlungszwang.

Unsere Forderung dazu: Alle KollegInnen bekommen pro Dienst 60 Minuten Umkleide- und Wegezeit in die Arbeitszeit eingerechnet! Der Pausenabzug für die KollegInnen, die Ausrüstungsgegenstände mitführen müssen, erfolgt nicht! Alles andere ist ein Spiel auf Zeit!